

Langfassung

Hanno Balz: "Gesellschaftsformierung durch Abgrenzung. Der deutsche "Terrorismus"-Diskurs in den 1970er Jahren."

Wir werden in letzter Zeit fast schon regelmäßig über „Baaders Frauen“ und „-Kinder“ *informiert*. Psychologisierende, sogar pathologisierende Ansätze einer Geschichtsschreibung von sex & crime im wahrsten Sinne prägen die Darstellung der RAF *post mortem*. Wichtig bleibt es daher, mit kritischem Blick jenseits persönlicher Crime-Stories die Geschichte der RAF in Kontext zu setzen mit der Geschichte der BRD, ihrer Medien und der deutschen Gesellschaft der 1970er Jahre.

Mit meinem Dissertationsvorhaben untersuche ich die Funktion und Bedeutung der bundesrepublikanischen Presse für den Terrorismus-Diskurs der siebziger Jahre und frage nach den gesellschaftlichen Formierungen in diesem Diskurs.

Die Entstehung und Entwicklungsgeschichte der RAF ist in direkten Bezug zu setzen zur politischen und kulturellen Entwicklung der Bundesrepublik. Waren die Kaufhausbrandstiftungen von späteren RAF-Mitgliedern in Frankfurt 1968 noch Ausdruck der Anti-Vietnam Kampagne der APO,¹ so hatte sich mit der Gründung der RAF 1970/71 deren politisches Selbstverständnis mehr und mehr verselbständigt, während sich zeitgleich Teile der ehemaligen APO-Linken mit der neuen sozial-liberalen Koalition arrangierten.

Die RAF war ein wesentlicher Faktor bei der zunehmenden politischen Polarisierung der Kommunikationsprozesse innerhalb der deutschen Gesellschaft in den 1970er Jahren. Von der veränderten politischen Atmosphäre unter den Drohungen einer Stadtguerilla war auch die Ausweitung des Reformprogramms der sozial-liberalen Koalition betroffen. Das Paradigma des „Mehr Demokratie wagen“ wurde sukzessive ersetzt durch einen Ausbau der Sicherheitsapparate und einer Einschränkung freiheitlicher Grundrechte.

Hierbei war das Motiv für die ideologische Frontenbildung jener Jahre auf allen Seiten das Bestreben, „die Bundesrepublik neu zu gründen“². Die „Terrorismusdebatte“ war eine Auseinandersetzung über den Zustand der Republik.³

Die deutschen Medien verhandelten in dieser Auseinandersetzung über eine veränderte Gesellschaft, die plötzlich in unvorhergesehener Weise von innen bedroht war. Darüber hinaus waren sie jedoch Teil und Triebkraft der Frontenbildung. So wie die RAF in ihrem

¹ Werner Kahl: „Akteure und Aktionen während der Formationsphase des Terrorismus“, in: Manfred Funke: „Terrorismus. Untersuchungen zur Struktur und Strategie revolutionärer Gewaltpolitik“, Düsseldorf, 1977, S. 272 ff.; Stefan Aust: „Der Baader-Meinhof-Komplex“, München, 1989, S. 58 ff.

² Edgar Wolfrum: „Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1949 – 1990“, Darmstadt, 1999, S. 12.

³ Kurt Sontheimer: „Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren“, München, 1979, S. 112

Konzept der „Propaganda der Tat“ auf eine mediale Präsenz angewiesen war, spielte die Politik auf der medialen Bühne des „Theatre of Terror“⁴ mit. Dabei sind die medialen Texte zum Terrorismus durch eine performative Praxis gekennzeichnet, die sich ständig wiederholt und durch die der Diskurs die Wirkung erzeugt, die er benennt.⁵

Welche Rolle die Medien in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ausübten, zeigt sich beispielhaft in dem offiziellen Dementi der Bundesregierung gegenüber der BILD-Zeitung, die zuvor die RAF zum „Staatsfeind Nr. 1“ stilisiert hatte: „Weder Bundesinnenminister Genscher Dietrich Genscher noch das Bundesinnenministerium haben jemals die Baader-Meinhof-Gruppe noch die jetzt in Berlin angeklagten noch sonst irgend jemanden als ‚Staatsfeind Nr.1‘ bezeichnet.“⁶

Die gesellschaftliche Kommunikation über den Terrorismus wurde von den Medien determiniert, wobei immer wieder Stimmen aus der Bevölkerung in der Presseberichterstattung aufgegriffen wurden. Die „veröffentlichte Meinung“ war in dieser ideologischen inneren Auseinandersetzung von zentraler Bedeutung.

Das Problem des deutschen Terrorismus war also unter anderem ein im politischen und massenmedialen Diskurs „gemachtes“ Problem. In diesem Rahmen wurde „Terrorismus“ zu einer Art Meta-Phänomen, das sowohl auf Akteure als auch Rezipienten aller Seiten einwirkte.⁷ Daher ist die Grundannahme bei einer kritischen Untersuchung mit dem medialen Konstrukt RAF, dass der deutsche „Terrorismus“-Diskurs sich weniger auf die tatsächlichen Aktionen der RAF bezog, als dass er in seiner Abgrenzung zu einer Formierung der deutschen Gesellschaft beigetragen hat und somit materielle Praxis wurde.

So geht es hier vor allem um die Einbettung der Zäsur des „Deutschen Herbstes“ in die Sozial- und Kulturgeschichte der Bundesrepublik. Die gewaltsame Zuspitzung im Jahr 1977 ist hierbei nicht nur als ein Bruch zu verstehen, der Gesellschaft und Politik ex negativo nachhaltig verändert hat, sondern auch als Ausdruck eines konservativen Paradigmenwechsels in der politischen Sphäre Nachkriegsdeutschlands in den 1970er Jahren.

⁴ Gabriel Weimann, Conrad Winn: „The Theater of Terror. Mass Media and international Terrorism“, New York, 1994, passim.

⁵ Vgl: Judith Butler: „Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts“, Berlin, 1995, S. 22; Judith Butler: „Haß spricht. Zur Politik des Performativen“, Berlin, 1998, passim. Ulrike Bohle, Ekkehardt König: „Zum Begriff des Performativen in der Sprachwissenschaft“, in: „Paragrana“, Band 10, Heft 1, 2001, S. 23f.

⁶ Zit. in: Otto Kallscheuer, Michael Sontheimer: „Kriegsbericht“, in: Michael Sontheimer, Otto Kallscheuer (Hg.): „Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs zehn Jahre nach dem deutschen Herbst“, Berlin, 1987, S. 12.

⁷ Henner Hess: „Terrorismus und Terrorimus-Diskurs“, in: Henner Hess, Martin Moerings, Dieter Paas, Sebastian Scheerer, Heinz Steinert (Hg.): „Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus“, Band 1, Frankfurt am Main, 1988, S. 55.

So haben es die Medien schließlich verstanden, aus der politischen Bedrohung durch die RAF auch das Gefühl einer persönlichen Bedrohung für die Bundesbürger zu verstärken: Immerhin stimmten 1977 53% der Bundesbürger dem Statement zu: „Solche Anschläge können jeden von uns treffen; davor habe ich persönlich Angst.“⁸

Inwieweit war also die mediale Vermittlung des Phänomens RAF für einen gesellschaftlichen Sinneswandel verantwortlich? Und durch welche kommunikativen Mittel der Abgrenzung vom Terrorismus kommt es zu einer offenbar hohen Maß an gesellschaftlichem Konsens?

Wir finden in der Presseberichterstattung eine Sprache, die zunehmend auf zentrale Focussierungsmetaphern⁹ aufbaut und die in kurzer Zeit zu einem ritualisierten Sprachgebrauch innerhalb des Terrorismus-Diskurses beitragen. Zudem ist hierbei zu beobachten, wie sich nach zentralen (Gast-)Beiträgen und Ereignissen die Debatten in der Presse verselbständigten.¹⁰ Insbesondere steht die Verwendung des Begriffs „Sympathisant“, als Benennung einer Grenzziehung, sowie der Umgang mit der Bezeichnung „Krieg“ für die sich fortsetzende Auseinandersetzung und deren Implikationen für eine Polarisierung. In diesem Zusammenhang wird außerdem die Frage gestellt werden müssen, inwiefern die Medien für die Diskrepanz zwischen der objektiven Stabilität der bundesrepublikanischen Gesellschaft und einem subjektiven Unsicherheitsempfinden ihrer Bürger mitverantwortlich waren.¹¹

In Anlehnung an Foucault werden hier die internen Kontrollprozeduren des Diskurses, mit der Funktion, den Diskurs zu stabilisieren und seine Kräfte zu bändigen, untersucht.¹² Hier wird nach den Ausschlussprozeduren und der Reglementierung der sprechenden Instanzen, die den Zugang zur Teilnahme am Diskurs berechtigen, gefragt werden.¹³ Auf die Presse bezogen bedeutet dies, auch im inter-medialen Zusammenhang die Meinungsführer ausfindig zu machen und zudem herauszufinden, wer zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Argumentation aus dem Diskurs verdrängt wurde.

Diskurs wird in diesem Zusammenhang nicht als bloßer Ausdruck einer neutralen Kommunikationsgemeinschaft gesehen. Er ist vielmehr ein Instrument, welches die unsichtbaren und gewaltlosen Zwänge sichtbar machen kann, die eine Gesellschaft durchziehen und bewirken, dass in der Regel nur das gesagt wird, was historisch-kulturell

⁸ Infratest Politik-Barometer, zit. nach: Korte, S. 61.

⁹ Ralf Bohnsack: „Interaktion und Kommunikation“, in: Hermann Korte, Bernhard Schäfer (Hg.): „Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie“, Opladen, 1995, S. 46.

¹⁰ Vgl.: Hans Mathias Kepplinger: „Publizistische Konflikte“, in: Jürgen Wilke (Hg.): „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Bonn, 1999, S. 705

¹¹ Vgl.: Wolfrum, S. 306.

¹² Michel Foucault: „Die Ordnung des Diskurses“, Frankfurt/Main, 2000, S. 17ff.

¹³ ebd.

gesagt werden „kann“.¹⁴ Oder, um Pierre Bourdieu zu zitieren: „Das Verborgenste ist das, worüber alle Welt sich einig ist, so einig, dass nicht einmal darüber gesprochen wird“.¹⁵

Ging es also im Diskurs um den deutschen „Terrorismus“ weniger um die ca. 30 Personen im Untergrund, als vielmehr um einen Kulturkampf gegen die starke linke Bewegung jener Zeit, müssen wir an dieser Stelle Grenzziehungen in den Blickpunkt nehmen.

Die diskursiven Strategien in Politik und Medien verhandelten fortwährend den Ausschluss bestimmter Positionen aus dem Feld des Sagbaren. Zentral war hierbei sicherlich der Bezug auf Gewalt, der als Grenze auch innerhalb der 68er-Bewegung eine wichtige Rolle spielte. Lag die Grenze bei den studentischen Aktivisten zwischen einer „Gewalt gegen Sachen“, die von vielen als legitim angesehen wurde, und einer „Gewalt gegen Personen“ – so wurde der Gewaltbegriff im Laufe der „Terrorismus“-Diskussion zusehends verallgemeinert. Der Bezug auf Gewalt wurde hierbei ergänzt durch eine Art diskursive „Kontaktschuld“ derjenigen, die zwar nicht explizit zur Gewaltausübung aufriefen, sich jedoch auch genauso wenig von der RAF abgrenzen wollten. So bewegte sich der „Terrorismus“-Diskurs zwischen den beiden antagonistischen Polen des „freiheitlichen Rechtsstaates“ und des bewaffneten Kampfes, bzw. was unter diesen alles subsummiert wurde.

Die Grenzen und diskursiven Ausschlüsse waren hier anfangs noch umkämpft. Liberale Medien wie beispielsweise der „Spiegel“ sahen sich genötigt, bestimmte Einzelpersonen wie Heinrich Böll oder Peter Brückner gegenüber dem Ausschluss in Schutz zu nehmen. Demgegenüber betrieb vor allem die „BILD“-Zeitung eine Ausweitung der Grenzziehung bis hinein in Teile der SPD.

Waren die Grenzen des Sagbaren erst einmal gezogen, bedeutete dies eine Exterritorialisierung bestimmter Positionen, Gruppen und Personen aus dem Diskurs. Die Stimme von Ulrike Meinhof beispielsweise wurde bis hin zu den Stammheimer Verfahren noch gehört und einige frühen Positionen der RAF durchaus noch in der bürgerlichen Öffentlichkeit verhandelt. Mit dem Einsetzen eines verstärkten Agenda-Setting von konservativer Seite, wurde jedoch ein Ausschluss jener Positionen und damit überhaupt der Einflussnahme linker Stimmen möglich gemacht. Der Grenzverlauf konnte dabei vor allem auch an aufgeladenen Begrifflichkeiten festgemacht werden, wie die Kontroverse um die Benennung der RAF als „Baader-Meinhof-Gruppe“ gegenüber „Baader-Meinhof-Bande“ deutlich machte. Schließlich wurden die diskursiv ausgeschlossenen Subjekte zu einem reinen Diskurs-Objekt, da ihre Stimme (im Stammheimer Prozess beispielsweise) zwar in Teilen

¹⁴ Peter Schöttler: „Wer hat Angst vor dem ‚linguistic turn‘?“, in: „Geschichte und Gesellschaft“, Heft 23, 1997, S. 134-151.

¹⁵ Pierre Bourdieu: „Soziologische Fragen“, Frankfurt/Main, 1993, S. 80.

noch wiedergegeben wurde, jedoch außerhalb der Grenzen des Sagbaren lagen und damit ihre diskursive Entität verloren hatten.